

Volksparteien

"Das Ende der großen Koalition wäre ein wichtiger Schritt"

Union und SPD sind keine Volksparteien mehr, das hat auch die Bayernwahl gezeigt. Sie liefern den Menschen keine Orientierung, sagt der Psychologe Stephan Grünewald.

Interview: **Simone Gaul**

16. Oktober 2018, 14:39 Uhr / [183 Kommentare](#)

Demonstranten am Rande einer Kundgebung gegen die AfD in Frankfurt (Main)

Die CSU hat bei der Landtagswahl in Bayern ein historisch schlechtes Ergebnis erzielt, sie verlor zehn Prozentpunkte, genau wie die SPD. Auch bundesweit wollen immer weniger Menschen die ehemaligen Volksparteien wählen, die SPD lag im jüngsten Deutschlandtrend bei 15 Prozent. Hinter den Grünen und der AfD. Woran liegt das? Der Psychologe Stephan Grünewald und seine Kollegen führen jedes Jahr mehr als 5.000 ausführliche Interviews. Er sagt: Unsere Gesellschaft war zu lange orientierungslos. Und das liegt auch an der großen Koalition.

ZEIT ONLINE: Die Bayernwahl hat das vorläufige Ende der Volksparteien wieder einmal bestätigt. Wieso wollen denn immer weniger Deutsche SPD und CDU/CSU wählen?

Stephan Grünewald: Die Wählerinnen und Wähler erleben diese Parteien als austauschbar. Es fehlt die programmatische Differenzierung. Das ist auch der großen Koalition geschuldet. Diese Austauschbarkeit führt dazu, dass Grüne und AfD, die eher an den Rändern angesiedelt sind, relevanter werden. Weil sie klare Positionen haben.

ZEIT ONLINE: Könnten jetzt die Grünen neue Volkspartei werden?

STEPHAN GRÜNEWALD

ist Gründer und Leiter des rheingold instituts, einem qualitativen Kultur-, Markt- und Medienforschungsinstitut. Er forscht zur Psychologie der Deutschen und hat mehrere Bücher veröffentlicht, darunter "Deutschland auf der Couch. Eine Gesellschaft zwischen Stillstand und Leidenschaft". Grünewald lebt mit seiner Familie in Köln.

Grünewald: Die Grünen haben Leitlinien, die lange Zeit von ihrem Dinkel- und Dünkel-Gebaren überschattet wurden. Der Rekordsommer, der Klimawandel, zunehmende Naturkatastrophen und das Beispiel der Abholzung im Hambacher Forst, all das machte diese Leitlinien wieder sichtbar. Zusätzlich haben die Grünen christliche Werte wie Toleranz und Nächstenliebe hochgehalten, sich damit von der wabernden Flüchtlingspolitik der CSU abgegrenzt und den Christen in Bayern einen Anlaufpunkt gegeben. So konnten sie viele Wählerinnen und Wähler vereinen.

Aber Volksparteien im alten Sinne wird es nicht mehr geben. Das Entscheidende ist, dass wir wieder in eine Streitkultur zurückfinden. Die ehemaligen Volksparteien SPD und CDU/CSU hatten klare programmatische Positionen. Es gab zwei Lager, in denen man sich versammeln konnte. Über den Streit hat man

immer auch die Gegenseite besser verstanden. Das gab Orientierung. Diese Streit- und Lagerkultur haben wir verloren.

ZEIT ONLINE: Wäre das Ende der großen Koalition eine Lösung?

Grünewald: Es wäre ein wichtiger Schritt. Ich habe vor einem Jahr für eine Minderheitsregierung plädiert. Dann wäre Kanzlerin Angela Merkel gefordert gewesen, ihre Positionen klar zu formulieren und die Bevölkerung oder die Abgeordneten wieder hinter sich zu bringen. Die SPD hätte in der Opposition auch wieder die Zeit gehabt, eine eigene Position zu finden. Wir hätten wieder einen Wettstreit gehabt.

Klare Fronten bis zum Ende des Kalten Krieges

ZEIT ONLINE: Aber große Koalitionen hatten wir auch in der Vergangenheit schon. Das System der Volksparteien funktionierte trotzdem lange sehr gut. Was hat sich gesellschaftlich verändert?

Grünewald: Bis zum Ende des Kalten Krieges gab es klare Fronten. Auf der einen Seite den Kapitalismus, auf der anderen den Sozialismus. Man konnte sich positionieren. CDU-Wählerinnen hatten das Gefühl, die Wirtschaft ist der Motor der Gesellschaft. Und auch als Arbeiter musste man helfen, dass dieser Motor läuft. Die SPD wollte hingegen historische Ungerechtigkeiten bekämpfen. Sie setzte sich für Chancengleichheit ein und für Bildung für alle. Beide Parteien vertraten klare Haltungen, aus denen heraus man als Wähler Entscheidungen für die Zukunft mittragen konnte. Auch wenn sie einem primär vielleicht nichts brachten. Wähler über 50 kennen diesen inneren Kompass noch. Sie wurden mit einer klaren politischen Haltung sozialisiert.

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir einen Entideologisierungsprozess erlebt. Eine Art coole Gleichgültigkeit machte sich breit, in der alle Positionen und Programmatiken relativiert wurden. Es gab ein unausgesprochenes Stillhalteabkommen mit der Politik. Solange die Versorgungs- und Wachstumserwartungen erfüllt wurden, gab es keine fundamentale Kritik. Jüngere Wähler agieren heute meist viel pragmatischer. Ihnen fehlen konsistente politische Leitbilder als langfristige Richtschnur, sie lassen sich stärker vom situativem Eigennutz leiten. Sie orientieren sich am Wahl-O-Maten und bevorzugen, was ihnen kurzfristig mehr bringt. Die Bürgerinnen haben sich dadurch aber auch mehr und mehr von der Politik distanziert.

"Die Menschen suchen wieder einen klaren Standpunkt"

ZEIT ONLINE: Dagegen spricht, dass jetzt ehemalige Randparteien oder ganz neue, wie die AfD, stark werden. Es scheint dem Wähler also nicht mehr alles egal zu sein.

Grünwald: Wir erleben einen Umbruch, eine Zeit des Erwachens. Viele haben angesichts von Trump, Brexit oder der Flüchtlingskrise das Gefühl, dass Gleichgültigkeit und Stillhalten nicht mehr weiterhelfen. Daraus folgt eine Repolitisierung. Die Menschen suchen wieder einen klaren Standpunkt, finden ihn aber nicht mehr bei den Volksparteien. Bei der SPD weiß man gar nicht mehr, wofür sie steht. Und die CDU changiert zwischen liberal, grün und sozialdemokratisch. Um wieder festen Boden unter die Füße zu kriegen, liebäugeln die Menschen mit Parteien wie der Linken, der AfD, den Grünen oder teilweise auch der FDP.

ZEIT ONLINE: Spielt auch eine Rolle, dass viele Menschen ihre Lebenswirklichkeit nicht mehr abgebildet sehen?

Grünwald: Das ist eben die Gefahr einer Politik, die stärker der Demoskopie als ihren eigenen Überzeugungen folgt. Die Parteien haben sich immer stärker an diesen quantitativen Umfragen orientiert. Wir bekommen jede Woche neue Zahlen, aber sie entfernen uns gleichzeitig von der Lebenswirklichkeit der Menschen. Sie zeigen nur die Meinung der Menschen zu einer bestimmten Frage. Aber nicht welche Sehnsüchte sie haben, mit welchen Widersprüchen sie kämpfen. Wenn wir in den Tiefeninterviews bei uns am Institut zwei Stunden mit den Menschen sprechen, eröffnen sich ganz andere Felder.

"Wir brauchen wieder eine ideelle Heimat"

ZEIT ONLINE: Welche denn? Was haben die Menschen für Sehnsüchte?

Grünwald: Ein großes Thema ist: Wie werde ich als Bürger oder Bürgerin gesehen? Viele empfinden starke Spaltungstendenzen. Dass die bürgerlichen Eliten und Politiker naserümpfend auf den gemeinen Menschen hinabschauen. Der noch Fleisch isst, raucht, Diesel fährt und Unterschichten-TV schaut. Unsere Gesellschaft befindet sich nicht im Solidaritätsmodus. Eine große Frage ist also: Wie finden Menschen wieder zu ihrer Wertschätzung?

Eine andere ist: Wo finden wir eine klare Haltung, die uns in die Zukunft führt? Alle klammern sich an die Gegenwart, haben das Gefühl, es kann nur schlimmer werden, wir können nur verlieren. Aber wohin geht die Reise? Welche Chancen stecken in einer Umgestaltung? Wie kann eine Zukunft in Deutschland aussehen?

ZEIT ONLINE: Woher könnte ein Gespür für eine Zukunft denn kommen?

Grünwald: Wir müssen aus dem Dauergezänk wieder in die Streitkultur und in den Generationenkonflikt kommen. Nur so entsteht eine Idee, wohin die Reise gehen kann, was wir aus diesem Land machen wollen. Bislang versprach die große Koalition die permanente Gegenwart und die AfD die Rolle rückwärts. Wir brauchen wieder eine ideelle Heimat.

ZEIT ONLINE: Das klingt, als hätten die alten Parteien die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mitbekommen.

Grünwald: Das ist ein Problem der früheren Volks- und Erfolgsparteien. Erfolg macht auch blind.